

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

10.09.2008

Duftstoffverbot In Krankenhausern der Region Västra Götaland in Schweden

All 17 hospitals in the Swedish region Västra Götaland near Gothenburg are scentfree from the 10th of September 2008.

The politicians in the region's health committee have decided that all 45.000 employees in the hospital and health departments are to follow the same scentfree and smokefree rules. That includes primary care and dentists too.

It is supposedly the first time in the world that such a big collective effort has been made for a scentfree health environment.

Official press release from the 10th of September 2008.

Doft- och rökfritt i sjukvården.

http://nyheter.vgregion.se/press_plugin/press_templates/PressMessage_12822.aspx

Strunta i parfym vid vårdbesök. From 10th of September 2008.

http://medlem.svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=34007&a=1243021&lid=puff_1243021&lpos=rubrik

Mindre lukter inom vården. From 11th of September 2008.

<http://www.sr.se/Sjuharad/nyheter/artikel.asp?artikel=2306242>

Anmerkung Scherrmann:

Ausnahmsweise gibt's hier einen kurzen englischen Text und die Links in Schwedisch.

Hoffen wir, dass viele Regionen dieser Welt beginnen, wahrzunehmen, wie gesundheitsschädlich Duftstoffe sein koennen und dass sie wie im schwedischen Distrikt Götaland aus dem Wissen Konsequenzen ziehen.

=====

CHEMIKALIEN - DESINFEKTIONSMITTEL

06.10.2008

Desinfektion von Containern kann Verbraucher krank machen

Giftige Chemikalien, mit denen Millionen von Frachtcontainern weltweit in den Häfen entkeimt werden, bedrohen einer Hamburger Studie zufolge die Gesundheit der Verbraucher - obwohl sie die Bevölkerung eigentlich schützen sollen. mehr »

http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/gesundheitspolitik_international/default.aspx?sid=515070

=====

CHEMIKALIEN - DIOXIN

08.10.2008

Seveso-Babys heute noch belastet - Mütter aus der Katastrophenregion bekommen viele kranke Kinder

Baierbrunn (ots) - Der Chemie-Unfall im Jahr 1976 in Seveso (Norditalien) belastet nach Jahrzehnten noch die Gesundheit Neugeborener, berichtet die "Apotheken Umschau". Im Zeitraum 1996 bis 2005 untersuchte Babys von Müttern, die zum Zeitpunkt des Unglücks in

der Nähe von Seveso gelebt hatten, litten sechsmal häufiger unter einer Schilddrüsen-Unterfunktion als Kinder unbelasteter Mütter. Die Fehlfunktion kann das Kind schädigen und die geistige Entwicklung beeinträchtigen.

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau, Digitale Pressemappe:
http://www.presseportal.de/pm/52678/1278027/wort_und_bild_apotheken_umschau

=====
CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

08.10.2008

Feinstaub und Ruß: schlecht für die Herzdurchblutung

Wird die Belastung durch Feinstaub und Ruß vermindert, wie es jetzt durch die Einführung weiterer Umweltzonen erwartet wird, kommt dies herzkranken Menschen zu gute. Denn eine Studie aus den USA hat gezeigt: Erhöhte Luftbelastung verursacht bei KoronarPatienten Ischämien. Mehr unter

http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/default.aspx?sid=515220

9.09.2008

Luftverschmutzung schädigt bereits ungeborene Kinder

Zu viel Feinstaub in der Luft kann nach einer Schweizer Studie bereits Föten im Mutterleib schädigen. Wenn Schwangere zu großer Luftverschmutzung ausgesetzt seien, könne bereits bei ungeborenen Kindern die Entwicklung der Lungen beeinträchtigt werden.

mehr unter <http://www.aerztezeitung.de/extras/druckansicht/?sid=515146&pid=515146>

10. 09. 2008

Koronare Herzkrankheit: Luftschadstoffe verändern EKG

Boston – In den Wochen nach einem Myokardinfarkt oder einem anderen kardialen Ereignis ist der Herzmuskel besonders anfällig gegenüber Schadstoffen, die über die Atemwege ins Blut gelangen. Dies zeigt eine Studie in Circulation (2008: doi:

10.1161/CIRCULATIONAHA.108.765669), in der ST-Senkungen im EKG signifikant mit der Konzentration von Feinstaub und Ruß in der Außenluft assoziiert waren.

Mehr unter <http://www.aerzteblatt-studieren.de/doc.asp?docId=108949>

Links zum Thema

Abstract der Studie in Circulation

<http://circ.ahajournals.org/cgi/content/abstract/CIRCULATIONAHA.108.765669v1>

Pressemitteilung: <http://americanheart.mediaroom.com/index.php?s=43&item=510>

Abstract der Studie im Lancet

<http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140673602112815/abstract>

=====
CHEMIKALIEN - HEXACHLOROBENZENE - UEBERGEWICHT

Leider nur in englisch;

Exposure to hexachlorobenzene during pregnancy increases the risk of overweight in children aged 6 years <http://www3.interscience.wiley.com/journal/121356403/abstract>

Keywords: Body mass index • Children • Hexachlorobenzene • Obesity • Overweight

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

23.10.3008 Von PAN-Germany

Breite Allianz von Nichtregierungsorganisationen fordern vom EU-Parlament mehr Sicherheit für Mensch und Umwelt im Pflanzenschutz

Elf deutsche Nichtregierungsorganisationen wenden sich heute mit einem Positionspapier an die deutschen EU-Abgeordneten und an die Bundesregierung, um einen besseren Schutz für Umwelt, Artenvielfalt und die Gesundheit von Verbrauchern und Anwendern beim Einsatz gefährlicher Pestizide einzufordern.

Eine seit nunmehr sieben Jahren geführte Debatte um die politische Ausrichtung der EU-Pestizidgesetzgebung neigt sich dem Ende zu. Am 3./4. November wird der Umweltausschuss des EU-Parlaments in zweiter Lesung über zwei Gesetzentwürfe zur Regelung der Zulassung, Vermarktung und Anwendung von Pestiziden abstimmen. Diese Gesetze bergen eine historische Chance, die Umwelt und die Menschen in der EU besser vor den Risiken des intensiven und gefährlichen Chemieeinsatzes zu schützen und die Weichen für die konventionelle Landwirtschaft auf mehr ökologische Nachhaltigkeit zu stellen.

Das Positionspapier benennt zentrale Forderungen, zum Beispiel keine Zulassung mehr für besonders gefährliche, unter anderem krebserregende Pestizide, einen besseren Schutz für Kinder, aber auch für Gewässer, Naturschutzgebiete und Bienenvölker oder die Einführung verbindlicher Standards des Integrierten Pflanzenschutzes für die Landwirtschaft. Am 16. Oktober 2008 verpasste die eigene Fraktion Agrarminister Seehofer einen Dämpfer. Die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD hatten sich in einem Beschluss dafür ausgesprochen, das Ziel des Reduktionsprogramms chemischer Pflanzenschutz beizubehalten und den Anteil an Rückstandshöchstmengen-Überschreitungen von Pestiziden in Lebensmitteln auf unter 1% zu senken. Dieses Ziel war zuvor von Minister Seehofer aus dem Programm ersatzlos gestrichen worden. Drei Tage zuvor, am 13. Oktober, hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit den neuen Bericht zum Lebensmittelmonitoring vorgestellt und deutlich auf die zu hohen und zu häufigen Rückstandsfunde von Pestiziden in Lebensmitteln hingewiesen.

"Wir begrüßen den Beschluss des Bundestages und hoffen, dass Agrarminister Seehofer jetzt nachbessert. Allerdings gibt es bei den Belastungen und den Gefahren durch Pestizide keine nationalen Grenzen, ebenso wie Gesundheitsschutz und Umweltschutz untrennbar ineinander greifen müssen. Wir fordern daher in einer breiten Allianz von Nichtregierungsorganisationen die deutschen Abgeordneten und die Regierung auf, sich in Brüssel für wichtige Verbesserungen zum Schutz der Verbraucher und der Umwelt in der Pestizidgesetzgebung einzusetzen", so PAN-Pestizidexpertin Susanne Smolka.

Die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen sind: Aktionskonferenz Nordsee e.V., BUKO Agrar Koordination, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Regiowasser e.V., Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V. (DBIB), Greenpeace e.V., Grüne Liga e.V., Naturschutzbund Deutschland (NABU), Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany).

Das Positionspapier "Für einen stärkeren Schutz von Gesundheit, Umwelt und Artenvielfalt in der europäischen Pestizidpolitik" finden Sie unter:

http://www.pan-germany.org/download/NGO-Position_EU-Pestizidrecht_081023.pdf

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

Websites:

<http://www.pan-germany.org>

<http://www.pan-germany.net/baumwolle/>

<http://www.pestizidreduktion.de>
<http://www.pesticide-residues.org>
<http://www.oisat.org>
<http://www.fao-code-action.info>

Pestizidgefahr im Flugzeug?

Bei so manchem Fernreiseziel sind die Fluggäste nicht nur der trockenen Luft aus der Klimaanlage ausgesetzt. Um Vorschriften von Zielländern wie Australien zu genügen, muss das Bordpersonal immer wieder Pestizide versprühen, mit denen auch die Passagiere in Kontakt kommen können. Eine Methode, die mittlerweile äußerst umstritten ist.

Mehr, inclusive vieler Links: <http://science.orf.at/science/news/44685>

=====

CHEMIKALIEN - TONERSTAUB

Rostocker Promotion belegt: Tonerstaub kann Krebs verursachen

Abest kann Lungenkrebs verursachen. Gleiches gilt für das Rauchen oder das Einatmen von Rußpartikeln aus Dieselabgasen. Jetzt belegt eine wissenschaftliche Untersuchung an der Universität Rostock, dass es eine weitere Gefahrenquelle gibt: Tonerpatronen in Laserdruckern und Kopierern. "Die Untersuchungen lassen keinen Zweifel zu: Tonerstaub ist eine weitere Ursache für Lungenkrebs", sagt Prof. Dr. Ludwig Jonas vom Elektronenmikroskopischen Zentrum im Institut für Pathologie der Universität Rostock.

<http://www.idw-online.de/pages/de/news284681>

=====

CHEMIKALIEN – REACH

22.10.2008 UBA: Erste Erfolge für REACH

Neue Auskunftspflichten für Unternehmen: Europäische Chemikalienagentur publiziert Liste besorgniserregender Stoffe

Seit neuestem gelten für Unternehmen Auskunftspflichten über Stoffe mit besonderen Gefahren für Mensch und Umwelt: Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlicht heute erstmals eine Liste besonders besorgniserregender Stoffe. Dazu zählen krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Stoffe und persistente, bioakkumulierende, toxische Stoffe (PBT-Stoffe) – also solche, die sich langlebig in der Umwelt sowie dem menschlichen Körper verhalten, sich dort anreichern und giftig sind. Das hat Konsequenzen: Die europäische Chemikalienverordnung REACH verpflichtet Unternehmen ihre gewerblichen Kunden zu informieren, falls in ihren Erzeugnissen eine in der Liste identifizierte Chemikalie mit mehr als 0,1 Prozent enthalten ist. „Ich rate allen Verbraucherinnen und Verbrauchern ihr Auskunftsrecht zu nutzen und vom Handel zu verlangen, dass er die Information über besorgniserregende Chemikalien zur Verfügung stellt. Der Handel sollte sichere Produkte bei den Herstellern fordern“, sagt Dr. Thomas Holzmann, Vizepräsident des Umweltbundesamtes (UBA).

Für besonders besorgniserregende Stoffe sieht REACH eine Zulassungspflicht vor. Das soll dazu führen, dass die Hersteller schrittweise weniger problematische Alternativstoffe oder –technologien einsetzen. Zwar bedeutet die Veröffentlichung in der so genannten Kandidatenliste für eine Chemikalie nur die Anerkennung als besonders besorgniserregend und ist nicht gleichbedeutend mit einer Zulassungspflicht. Es ist jedoch der erste Schritt dorthin. Den Grundstein dafür haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gelegt: Sie haben die Vorschläge für die Aufnahme in die Kandidatenliste erarbeitet.

Das UBA schlug als ersten Stoff für die Kandidatenliste Anthrazen vor, eine Chemikalie aus der Gruppe der Polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK). Anthrazen ist ein PBT-Stoff und wird wegen seiner schädlichen Wirkungen in Gewässern in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie als „prioritär gefährlicher Stoff“ geführt. Weitere besonders besorgniserregende Stoffe sind zum Beispiel die Weichmacher (Phthalate) Diethylhexyl (DEHP), Dibutyl (DBP) und Bezybutyl (BBP) sowie das bromierte Flammenschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD), das in vielen Untersuchungen in der Umwelt und im menschlichen Blut nachgewiesen wurde.

Die in der Kandidatenliste veröffentlichten 15 Stoffe sind nur der Anfang. Die EU-Mitgliedstaaten und die ECHA arbeiten schon jetzt an neuen Vorschlägen für die Liste. Das UBA beteiligt sich weiter daran. Einen Schwerpunkt stellen dabei PBT-Stoffe, für Gewässer relevante Chemikalien und Stoffe mit Wirkungen auf das Hormonsystem dar.

Weitere Informationen zu REACH finden Sie unter www.reach-info.de/ . Die komplette Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe ist abrufbar unter http://echa.europa.eu/chem_data_en.asp

Anmerkung Scherrmann:

Dass sich etwas ändern muss, dürfte wohl jedem klar sein. Ob REACH und das oben empfohlene Nachfragen von Seiten der VerbraucherInnen ausreichen werden, um das Inverkehrbringen von Stoffen, die für Mensch und Natur schädlich sind zu verringern? Ich persönlich bezweifle dies. Ich denke, der Ansatz bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sollte vor allem ein Hinterfragen der Kauf- und Konsumgewohnheiten sein. Hierzu siehe auch unter UBA das neue Telegramm: Umwelt+Gesundheit Ausgabe 05/2008

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V.

Informationsangebot zum Thema ‚Kinder, Handys und Mobilfunk‘

Im Hinblick auf die Gefahren und Langzeitwirkungen der Strahlenbelastung durch Handys, Mobilfunkmasten, schnurlose DECT-Telefone und WLAN besteht auch nach Veröffentlichung der Ergebnisse des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms eine große Unsicherheit in der Bevölkerung.

Die Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V., in der unabhängige Wissenschaftler, Ärzte und Techniker zusammenarbeiten, stellt gemeinsam mit Diagnose-Funk - Umweltorganisation zum Schutz vor Funkstrahlung, mit dem Mobilfunk Bürgerforum e.V., dem Verein zum Schutz der Bevölkerung vor Elektromog e.V. sowie Pulsschlag e.V. nun ein reichhaltiges Angebot von Informationen zum Thema ‚Kinder und Mobilfunk‘ bereit. Es umfasst auch praktische Ratschläge, wie man zum eigenen Schutz beitragen kann. Fachkräfte, die seit langem auf dem Gebiet der medizinischen, biologischen und pädagogischen Auswirkungen der Kommunikationstechnik forschen, haben die Informationen zusammengestellt.

Die betreffende Webseite ist über folgende Adressen erreichbar:

www.kinder-und-mobilfunk.de

www.kinder-und-mobilfunk.ch

www.kinder-und-handly.de

www.kinder-und-handly.ch

Das Informationsangebot ergänzt die neu erschienene Broschüre der Kompetenzinitiative e. V.: **Die Gefährdung und Schädigung von Kindern durch Mobilfunk (Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks**, Heft 2); vgl. auch www.broschuerereihe.net .

*

Pressemitteilung der Kompetenzinitiative
Mobilfunk-Studien nicht gefälscht. Ungerechtfertigte Vernichtung von Forschungsergebnissen an der med. Universität Wien

An der Universität Wien wird seit Monaten versucht, dokumentierte mögliche Risiken, Erkenntnisse über genschädigende Wirkungen der UMTS-Mobilfunkstrahlung als gefälscht darzustellen. Verbreitung von Unwahrheiten, instrumentalisierte Medien, Geheimhaltung von Protokollen, Rufmord an den beteiligten Forschern, machen den vorgegebenen Anspruch einer rigorosen Wahrheitssuche des Rektors der Med. Universität Wien, hinsichtlich angeblicher Studienfälschung, unglauwbüdig und verschleiern gravierende Probleme des Vorgehens.

Schon die erste Zusammensetzung des zur Untersuchung beauftragten „Rat für Wissenschaftsethik“, der unter dem Vorsitz eines Vertreters der Telekommunikationsindustrie die Rücknahme der Studien forderte, sorgte für den ersten Skandal. Ein danach erneut einberufener Rat, mit neutralem Vorsitz kam daraufhin zum Schluss, dass die Vorwürfe gegen die betroffene Arbeitsgruppe unzutreffend seien. Dieses Dokument wird jedoch unverständlicherweise als „Geheim“ eingestuft und darf nicht veröffentlicht werden.

Das REFLEX-Projekt, zu dem die Wiener Arbeitsgruppe wesentlich beigetragen hat, zeigt, dass die Mobilfunk-strahlung Struktur und Funktion von Genen in isolierten menschlichen Zellen verändern kann. Mit einem Folgeprojekt soll herausgefunden werden, ob vergleichbare Zellveränderungen auch beim lebenden Menschen, insbesondere bei Kindern und Heranwachsenden, vorkommen.

Sollte dies der Fall sein, wäre ein starker Hinweis dafür erbracht, dass die Mobilfunkstrahlung ein gesundheitliches Risiko für den Menschen darstellt.

Das Folgeprojekt, das Februar 2008 eingereicht wurde, ist von den Gutachtern der EU-Kommission ausgezeichnet bewertet, bis jetzt aber nicht gefördert worden. Wie weit die Wiener Vorgänge das Zögern der Kommission befördert haben, wird man kaum erfahren können. Über die Hintergründe der Aktivitäten zur Vernichtung wissenschaftlicher Daten und davon ausgehend zur Manipulation der öffentlichen Meinung kann man spekulieren. Das Ausdemwegräumen der Wiener Forschungsergebnisse hätte aber zur Folge, dass zumindest ein wichtiger Grund entfällt, der die entwarnenden Aussagen des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms Lügen straft und den gegenwärtigen Grenzwerten jede Berechtigung abspricht. Wenn zudem die geplante Fortsetzung der Forschungsaktivitäten der Wiener Arbeitsgruppe in einem internationalen Rahmen auf absehbare Zeit verhindert werden könnte, bestände für die Telekommunikationsindustrie wohl kaum ein Anlass zur Klage. Die deutsch-österreichische Wissenschaftsgroteske erscheint somit als anachronistischer Versuch, weitere Mobilfunk-Forschung aufzuhalten und der Strahlung eine seit Jahren verlorene Unschuld zurückzugeben.

Wie in Wahrheit manipuliert wird, zeigt die Dokumentation „Wie empfindlich reagieren die Gene? Erkenntnisse und Intrigen in einer zentralen Frage der Mobilfunkforschung“ der Wissenschaftlervereinigung Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V. in ihrer Reihe 'Berichte und Analysen' (im Anhang oder auf der Webseite www.kompetenzinitiative.net)

Wie weit sich in der internationalen Forschung die Hinweise auf eine besondere Schädlichkeit der UMTS-Strahlung verdichtet haben, wird die Kompetenzinitiative in Heft 3 ihrer Broschürenreihe „Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? Stand der

Forschung – Entwarnungen und Intrigen – Vorschlag zur Selbsthilfe“ (Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks), das im November 2008 erscheinen wird, dokumentieren (www.broschuerenreihe.net).

bzw. direkt unter

<http://www.kompetenzinitiative.net/downloads/081012kiberichte4umtsdokumentation.pdf>

Von www.diagnose-funk.org

23. Oktober 2008

Appell der Russischen Strahlenschutzkommission

Die gesamte westeuropäische Presse ignoriert den Appell der russischen Strahlenschutzkommission RCNIRP : "Kinder und Mobilfunktelefone: Die Gesundheit der nachfolgenden Generationen ist in Gefahr"... <http://www.diagnose-funk.org/politik/033ea29935078f601/033ea29b400e33701.html>

6. Oktober 2008

Bouygues Telecom wurde vom Zivilgericht von Nanterre (Hauts-de-Seine) in zweiter Instanz dazu verurteilt, eine Mobilfunkantenne in Tassin-La-demi-Lune (Rh ne) abzubauen, aufgrund eines "potentielle Risikos für die Gesundheit" .. www.diagnose-funk.org

Von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog

Appell der russischen Strahlenschutzkommission RNCNIRP wird ignoriert

<http://omega.twoday.net/stories/5272795/>

Bei Anruf Ausschlag: Handy sorgt für Hautprobleme

<http://omega.twoday.net/stories/5268774/>

20.10.2008

Indien: Kommentar zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Hochfrequenzstrahlung <http://omega.twoday.net/stories/5265542/>

4.10.2008

Öffnung der Blut-Hirn-Schranke durch Mobilfunkstrahlung eine Tatsache

<http://omega.twoday.net/stories/5233747/>

29.09.2008 BUNDESTAG Umwelt/Antrag

Berlin: (hib/AS) In Deutschland soll die Mobilfunkforschung auf dem Gebiet der nicht-ionisierenden Strahlung weiter ausgebaut werden. Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag (16/10325 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/103/1610325.pdf>), in Langzeitstudien besondere Personengruppen wie Kinder, Heranwachsende und Schwangere besser auf die Wirkung unterschiedlicher Strahlenquellen zu untersuchen. Im Rahmen einer Selbstverpflichtung sollen zudem die Hersteller von Mobiltelefonen, kabelloser Telefone und W-LAN Geräten sowie auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu weiteren Forschungsvorhaben aufgefordert werden. Die Vergleichbarkeit von Forschungsergebnissen solle dabei, so die FDP, verbessert werden. In Deutschland kommen momentan, schreibt die FDP, auf 100 Menschen 104 Mobiltelefone. In einigen Teilen der Bevölkerung bestünden jedoch Vorbehalte gegen die

Mobilfunktechnologie. Aufgrund der großen Bedeutung im Wirtschafts- und Privatleben müsse "die Angst vor Risiken durch die Forschung" ausgeräumt werden.

Anmerkung Scherrmann:

Es ist interessant zu vergleichen, wie unterschiedlich die verschiedenen Parteien aufgrund der unterschiedlichen Zielvorstellungen argumentieren (im letzten newsletter Antraege der Gruenen und der Linken).

=====

GRUENE GENTECHNIK

Vom Informationsdienst Gentechnik

Die Züchtung von Gemüse ist ein ganz normaler Vorgang, mit dem Bäuerinnen und Bauern schon immer ihr Saatgut an veränderte Bedingungen angepasst und damit das Überleben der Menschheit abgesichert haben. Doch leider gibt es nun Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren und die daraus gewonnenen Produkte. Die Folge: Der freie Austausch von Saatgut wird verboten, die Patentinhaber kontrollieren die gesamte Kette der Lebensmittelproduktion. ... Die EU-Agrarminister haben diese Woche ihre Debatte über die Zulassungspraxis von Gentech-Pflanzen fortgesetzt. Im Dezember will die französische Ratspräsidentschaft Ergebnisse vorlegen. Der Infodienst hat für Sie die wichtigsten Kritikpunkte an der Zulassungspraxis in einem Dossier zusammengefasst:

<http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/efsa-reform.htm> |

Lesen Sie außerdem, warum Monsanto die Finanzkrise nicht juckt, sondern der Konzern von der Lebensmittelkrise profitiert (5. & 9.).

=====

NANOTECHNOLOGIE

16.10.2008

Nanotubes gefährden Regenwürmer - und die Lungen von Menschen

Die in der Elektronik immer häufiger verwendeten Nanoröhrchen gefährden die Fortpflanzung von Regenwürmern. Das ermittelte ein Team vom dänischen Umweltforschungszentrum in Roskilde. mehr »

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/atemwegskrankheiten/default.aspx?sid=516671>

Abstract der Studie:

http://www.sciencedirect.com/science?_ob=ArticleURL&_udi=B6WDM-4SN8V6T-2&_user=10&_rdoc=1&_fmt=&_orig=search&_sort=d&_view=c&_acct=C000050221&_version=1&_urlVersion=0&_userid=10&md5=d019a75980f0fc858344e98cbd13de3c

=====

RADIOAKTIVITAET

Berlin, den 29. September 2008

Mitteilung an die Presse von Strahlenschutz e. V

Kinderkrebs um Kernkraftwerke ist Tatsache – Vorsorgeprinzip erzwingt Handeln

Am 28.9.2008 trafen sich Epidemiologen, Statistiker, Physiker, Biologen und Ärzte mit Journalisten, Behördenvertretern und Politikern in der Berliner Charite zu einem Symposium, um mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen Schwachstellen der „Epidemiologischen Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK) des Mainzer Kinderkrebsregisters“ nachzubessern. Unter den Teilnehmern waren sieben Wissenschaftler,

die als Externe (nicht als Autoren) an der Entwicklung der Methode und der Begleitung der KiKK-Studie beteiligt waren.

Die Bewertung der Autoren der KiKK-Studie, daß das erhöhte Krebs- und Leukämierisiko bei Kindern unter 5 Jahren in der Nähe der deutschen Kernkraftwerke grundsätzlich nicht auf die radioaktiven Emissionen der KKW zurückgeführt werden können, stellte sich als ebenso unhaltbar heraus wie die These, dass die errechnete Strahlenbelastung um viele Größenordnungen zu gering sei, um Krebs oder Leukämie verursachen zu können. Es wurde belegt, dass solche täuschenden Aussagen in der Geschichte des Strahlenschutzes immer wieder vorgetragen wurden, um ungestört weitermachen zu können wie bisher. Aus verschiedenen Blickwinkeln wurde exemplarisch aufgezeigt, dass in der KiKK-Studie nicht berücksichtigte Fakten sehr wohl ausreichen, die tragischen Erkrankungen der Kinder als strahleninduziert zu erklären.

Der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Dr. Sebastian Pflugbeil, fordert mit Nachdruck, die erschreckenden Befunde der KiKK-Studie ernst zu nehmen. Sie verpflichten die politischen Entscheidungsträger, das seit Jahrzehnten anerkannte Prinzip der Vorsorge endlich praktisch umzusetzen. Pflugbeil appelliert an Wissenschaftler, Medienvertreter und Politiker, nicht zu Lasten der Gesundheit unserer Kinder mit halbbrichtigen Darstellungen ganz falsche Schlussfolgerungen zu suggerieren. Wenn am Ende einer epidemiologischen Untersuchung ein signifikanter Zusammenhang herauskommt und die Autoren dann vorgeben, dass das aber auch Zufall sein könnte, dann wird Epidemiologie zur Demagogie. Pflugbeil appelliert auch an den gesunden Menschenverstand: Wer nachweist, dass Kinder umso häufiger erkranken, je näher sie an dem nächsten KKW-Schornstein wohnen und Radioaktivität als mögliche Ursache grundsätzlich ausschließt, macht sich nicht nur lächerlich. Er wirft die Frage auf, was denn dann aus solch einem Schornstein die Kinder krank macht. Ist es wirklich beruhigend, dass man das bisher nicht herausgefunden hat?

Das Symposium hat zahlreiche Ansatzpunkte für eine weitere intensive Diskussion ergeben, die innerhalb der verschiedenen Disziplinen, vor allem aber auch untereinander fortgeführt werden soll. Mit Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, daß das Mainzer Kinderkrebsregister die Einladung zu dieser offenen Diskussion ausgeschlagen hat. Ansonsten jedoch hat die interdisziplinäre freie Diskussion über ein brisantes Thema einen Sprung nach vorne gemacht.

<http://www.strahlentelex.homepage.t-online.de/aktuell.htm>

Siehe auch www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm#Strahlenbiologie und www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm#RadExp

=====

INTERNET

Peter Bornhofen **Zahnwerkstoffe – als Krankheitsauslöser**

Vortrag der Tagung in Heusenstamm, am Samstag, den 21.06.2008

pdf-Datei: http://www.safer-world.org/d/lit/Bornhofen_Dentale%20Werkstoffe.pdf

=====

TV

SWR, 3. November, 22.30 Uhr: **betrifft: Die Holzschutzmittel-Opfer -**

Legal vergiftet, dann vergessen. Ein Film von Mirko Tomic

http://www.sr-online.de/fernsehen/1358/inc-2008_11_03.html

=====

TERMINE

Von dem Verein fuer Umwelterkrankte e. V.:

III. Symposium „Umwelt und Gesundheit“ des Vereins für Umwelterkrankte

am 8.11.2008, 9.30 bis 18 Uhr, im Rathaus Husum.

Wir wollen mit unserer Veranstaltung auf die prekäre Lage Umwelterkrankter, also von Menschen, die durch Schadstoffe krank geworden sind, aufmerksam machen. Unsere namhaften Referenten werden einen Einblick in die Ursachen dieser Erkrankungen und Erkenntnisse über ihre Behandlungsmöglichkeiten geben.

Programm und weitere Infos unter www.umwelterkrankte.de

Von der MCS-Liga Schweiz www.mcs-liga.ch

Universität Zürich. 16:00 bis 19:00: **Vorträge über Umweltkrankheit**, u. a. mit Prof. Pall und Dr. Ohnsorge

=====

POLTIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

Wissen: Bienensterben

Die Honigbiene oder Imme ist eines der ältesten und wichtigsten Nutztiere der Menschen. Bereits vor 6000 Jahren existierten in Ägypten eigens für Bienenvölker hergestellte Tongefäße. Sorgsam gehalten und gepflegt, sorgen die Immen für die Bestäubung der Pflanzen und liefern Honig.

Zugleich sorgen die Bienenvölker für die Arterhaltung von 80 Prozent der heimischen Nutz- und Wildpflanzen. Sogar bei windbestäubten Pflanzen wie Raps lässt sich durch die Honigbiene der Ertrag um ein Fünftel steigern. Die Honigbiene ist nach Rind und Schwein das dritt wichtigste landwirtschaftliche Nutztier in Deutschland. **Die Schätzungen über die jährliche Wertschöpfung allein aus der Bestäubungstätigkeit von Honigbienen schwanken für Deutschland zwischen zwei und vier Milliarden, für die USA gehen sie sogar bis zu zwölf Milliarden Euro.**

Mehr unter http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2008/bienensterben_korr.pdf

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

23.10.2008

Schwellenwerte für allergieauslösende Bestandteile in Lebensmitteln notwendig

Experten fordern Grenzwerte für die Kennzeichnung und Standards für den Umgang mit Allergenen in der Lebensmittelproduktion <http://www.bfr.bund.de/cd/25250>

=====

UBA

14.10.2008

das neue Telegramm: Umwelt+Gesundheit Ausgabe 05/2008

Im Blickpunkt steht die Forderung des EU-Parlaments nach besserem Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsrisiken.

Herbe Kritik:

EU-Parlament fordert besseren Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsrisiken

Keine Ziele, wenig Fortschritte, kein Geld. Dies ist kurz gefasst die Kritik des Europäischen Parlaments zur Halbzeit des EU-Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004-2010. Das Europäische Parlament weist in seiner Sitzung vom 4. September 2008 kritisch darauf hin, dass es sich bei diesem Aktionsplan ausschließlich um begleitende Maßnahmen zur bestehenden Gemeinschaftspolitik handelt und er deshalb teilweise zu scheitern droht. Es fehle eine Politik der Prävention, mit dem Ziel umweltbedingte Erkrankungen zu reduzieren. Die Kommission, so das Parlament, verfolge nur traditionelle Ziele.

Für neuartige Probleme werden keine Lösungsstrategien angeboten. So fordert das EU-Parlament die Kommission auf, möglichst bald gezielte Maßnahmen zur Gewährleistung der Luftqualität in Innenräumen vorzuschlagen, die darauf abzielen, die Sicherheit und die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Innenräumen auf hohem Niveau sicherzustellen. Dazu gehört auch die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Bauprodukte, die darauf abzielen, die Unschädlichkeit von chemischen Stoffen als Bestandteile von Ausstattungsgegenständen und Möbeln sicherzustellen. ...

Des Weiteren bemängelt das Parlament, dass die Kommission dem Problem der gesundheitlichen Gefahren durch erbgutverändernde, krebsauslösende, fortpflanzungsschädigende und hormonell wirksame Stoffe nicht gerecht werde.

Das EU-Parlament bedauert zutiefst, dass das Humanbiomonitoring-Projekt, an dem auch das Umweltbundesamt beteiligt ist, bis jetzt noch nicht fortgesetzt werden konnte. Außerdem ist es über die „lockere“ Haltung der Kommission zu Nanopartikeln in Konsumgütern besorgt. Zudem fordert das Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, angemessen auf die Bedrohungen durch den Klimawandel zu reagieren.

Schwerpunkt des Aktionsplans in der ersten Hälfte der Laufzeit war vor allem die Initiierung von Forschung zu Umwelt und Gesundheit sowie die Verbesserung der Datenqualität und der Vergleichbarkeit der Daten. Konkrete Maßnahmen zum Schutz vor umweltbedingten Krankheiten waren hier noch nicht geplant. Ein weiteres Ziel war das Einbringen des Umwelt- und Gesundheitsgedankens in andere Politikbereiche. Bereits bei seiner Verabschiedung hat das Europäische Parlament den Aktionsplan kritisiert und von der Europäischen Kommission erhebliche Nachbesserungen im Hinblick auf eine Konkretisierung der zu erfolgenden Maßnahmen gefordert.

Das EU-Parlament empfiehlt als Fazit, in der zweiten Hälfte der Laufzeit des Aktionsplans die Empfehlungen der Expertengruppen, die innerhalb der Strategie für Umwelt und Gesundheit⁴ erarbeitet wurden, in den Aktionsplan einzubeziehen. Die Kommission soll verstärkt empfindliche Bevölkerungsgruppen schützen, wie Kinder, Schwangere und ältere Menschen. Hierfür sollen neue Methoden der Risikobewertung ausgearbeitet werden. Es soll das Vorsorgeprinzip gestärkt und Instrumente entwickelt und angewandt werden, mit denen potenzielle Gefahren im Bereich Umwelt und Gesundheit frühzeitig erkannt und abgewendet werden können. Um dies umzusetzen, soll eine angemessene Mittelausstattung zur Finanzierung bereitgestellt werden.

Als positiv wird gesehen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gesundheit, Umwelt und Forschung seit 2003 verbessert hat und dass die Forschungsarbeiten das Wissen über die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungsquellen und Auswirkungen auf die Gesundheit verbessern. Dies reiche aber bei weitem nicht aus, die wachsende Zahl umweltbedingter Krankheiten zu reduzieren.

Das Umweltbundesamt begrüßt die Diskussion zu Umwelt und Gesundheit, die das Europäische Parlament eingeleitet hat. Es wäre ein großer Schritt vorwärts für die Umwelt- und Gesundheitspolitik Europas, wenn die Europäische Kommission in der zweiten Phase des Aktionsplans konkrete Maßnahmen und überprüfbare Ziele benennen würde und ausreichende Ressourcen zum Erreichen dieser Ziele bereitstellen würde.

Marianne Rappolder und Andreas Gies

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0410+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>
<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/Ausgabe05-2008.pdf>

Anmerkung Scherrmann:
Endlich mal klare Worte. Hoffen wir, dass Taten folgen.

=====

UMWELTRAT - Sachverständigenrat für Umweltfragen/

Das Bundeskabinett hat heute eine "Nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere verabschiedet. Der SRU begrüßt den heutigen Kabinettsbeschluss, sieht aber noch Verbesserungsbedarf.

Hintergrundinformation insbesondere mit zahlreichen Verweisen auf die Gutachtenarbeit des SRU zu dem Thema in den letzten Jahren unter <http://www.umweltrat.de>

=====

Ende des newsletter/d/117

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt